Nr. 15 XXVIII. Jahrgang — Sonnabend, 17. Januar 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 13528, 13538, 13597, 17109. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2050. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigenpreis: Grundpreis, 21 mm breit, M. 1.20, für das Ausland M. 2.—; Reklamezeile, 62 mm breit, M. 4.—, mit Platzvorschrift M. 4.50, für das Ausland M. 5.—. Bei Ziffer- oder Nachlaß 10 v. H. Preiserhöhung. Auf alle Grundpreise 10 v. H. Zuschlag. Briefgebühr 10 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen keine Gewähr.

Bezugspreise: Bei freier Zustellung durch Boten monatlich M. 2.70, vierteljährlich M. 8.25. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 2.70, vierteljährlich M. 8.25, ausschließlich Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 1.40, nach dem Auslande wöchentlich M. 2.—. Preis für die Einzelnummer 20 Pf.

Der Ausklang der Berliner Unruhen

In Berlin sind durch einen Befehl Noskes seit Mittwoch sämtliche öffentliche Kundgebungen verboten; trotzdem hetzten die Kommunisten am Donnerstag ihre Anhänger und Mitläufer auf die Gefahr hin, ein neues Blutbad zu verursachen, auf die Straße. Daß es nicht zu einem abermaligen Zusammenstoß gefährlicher Natur kam, ist vor allem der Haltung der Sicherheitsmannschaften zu verdanken. Angeblich zu einer Trauerversammlung für die Revolutionsopfer kamen auf der Hasenheide etwa 10 000 Menschen zusammen, unter denen sich wieder Leute in Matrosenuniform besonders hervortaten. Es kam aber trotz aller Stimmungsmache nicht zu einem Zwischenfall. Die Menge verlief sich wieder, ohne neuen Agitationsstoff für die radikalen Elemente geschaffen zu haben. — Welche Mittel die Agitatoren anwandten, um die Menge aufzuputschen, geht aus der folgenden Depesche hervor:

+ **Berlin, 16. Januar. (Eig. Drahtbericht.) In Berlin sind Aufrufe verbreitet worden, die zum Generalstreik auffordern. Unter diesem Aufruf steht die Unterschrift der Berliner Gewerkschaftskommission. Diese Unterschrift ist gefälscht. Die Berliner Gewerkschaftskommission hat bisher zu der Frage des Generalstreiks noch nicht Stellung genommen. Heute um vier Uhr tritt der Ausschuß zusammen, der sich mit Generalstreikfragen beschäftigen wird. Es wird versucht werden, alles zu tun, um einen dem Generalstreik zustimmenden Beschluß zu verhindern.**

Natürlich schwirren in Berlin über die Verhaftungen der Rädelsführer und über die dadurch aufgedeckten Zusammenhänge der Dienstag-Ereignisse mit kommunistischen Umsturzplänen unzählige Gerüchte, die nicht in allen Dingen nachgeprüft werden können. Wir geben daher nur mit Vorbehalt folgende Depeschen wieder:

⊖ **Berlin, 16. Januar.** (Eig. Drahtbericht.) Durch Verhaftungen kommunistischer Führer und Streikleiter in Berlin und Hamburg sind der Regierung die gesamten Pläne des neuen Umsturzversuches der Kommunisten in die Hände gefallen. Für den 15. Januar ist danach der Ausbruch des Generalstreikes in den deutschen Industriebezirken und in den Verkehrsanstalten, für den 16. Januar die Sprengung des Reichstages und für den 18. Januar die Ueberrumpelung der öffentlichen Behörden im Reichsgebiet vorgesehen und bis in die kleinsten Einzelheiten vorbereitet. Der vorzeitige Versuch der Erstürmung des Reichstages am letzten Dienstag und das Fehlschlagen dieses Versuches hat es zur Durchführung der weiteren Pläne nicht mehr kommen lassen.

Diese Meldung klingt zwar etwas phantastisch, aber doch nicht so ganz unwahrscheinlich, daß man sie ohne weiteres als eine reine Ausgeburt reaktionärer Phantasie bezeichnen könnte. Sie wird zudem noch unterstützt durch eine Meldung des „Vorwärts", nach der in der Nacht zum Donnerstag ein ganzes Waffenlager der Kommunisten ausgehoben wurde. Dies Depot soll sich auf dem Laubengelände in der Ostender Straße befunden und vier schwere und zwei leichte Maschinengewehre, 112 Infanteriegewehre und zwei Kisten Munition enthalten haben.

Allgemeines Abflauen des Streiks

Der Streik der Eisenbahner und der mit ihm parallel laufende Streik der Telegraphenarbeiter ist stark im Abflauen begriffen. Aus Essen wird sogar berichtet: „Der Streik der Eisenbahner ist beendet. Gestreikt wird nur noch auf den Bahnhöfen Wedau und Speldorf, aber auch dort ist heute morgen ein Teil der Arbeiter zur Arbeit wieder erschienen." Ebenso wurde dem Streik der Bergarbeiter, den kommunistische Hetzer auf Grund der bestehenden Streikterrorung im Ruhrrevier anzetteln wollten, nach folgender Meldung aus Essen die Spitze abgebrochen: „Der Versuch der Kommunisten, zur Durchführung ihrer politischen Forderungen und Einführung der Sechsstundenschicht einen allgemeinen Bergarbeiterausstand hervorzurufen, ist vorläufig als vollkommen gescheitert zu betrachten. Im Hamborner Wetterwinkel geht die Zahl der Streikenden immer weiter zurück."

Zu diesen erfreulichen Meldungen kommt noch die Tatsache, daß auch der anfänglich so gefährlich aussehende Telegraphenarbeiterstreik im Westen so gut wie beendet ist. Der Vorstand des deutschen Telegraphenarbeiterverbands in den Bezirken Düsseldorf, Dortmund und Münster hat nach Rücksprache mit dem Reichskommissar beschlossen, Sonnabend den 17. d. M. die Arbeit wiederaufzunehmen. Den Telegraphenarbeitern ist von der Regierung mit Wirkung vom 1. Dezember 1919 an ein 30prozentiger, und mit Wirkung vom 1. Januar 1920 an ein weiterer 25prozentiger Zuschlag zugebilligt worden.

Die Eisenbahner in Frankfurt a. M., soweit sie im deutschen Eisenbahnerverbande organisiert sind, sprachen sich in einer Vertrauensmännerversammlung gegen einen Streik als zur Zeit unzweckmäßig aus. Sie wollen dagegen bis zur Erfüllung ihrer Forderungen das Arbeiten nach Vorschrift in verschärfter Form durchführen.

Die gleiche Feststellung über den Rückgang der Streikbewegung im Westen ist auch im Osten des Reiches möglich. So wurde, wie die „Breslauer Zeitung" aus bester Quelle erfährt, Mittwoch abend bei Verhandlungen, die die Eisenbahndirektion Kattowitz mit den ausständigen oberschlesischen Eisenbahnarbeitern führte, eine Verständigung dahin erzielt, daß die Arbeit noch nachts wiederaufgenommen werden solle." Ganz unbestritten ist diese Nachricht jedoch nicht, denn eine weitere Meldung aus Breslau sagt: „Die Abstimmung der Eisenbahner über die Aufnahme der Arbeit unter Vorbehalt weiterer Verhandlungen am Freitag früh hatte kein einwandfreies Ergebnis, so daß eine nochmalige Abstimmung in den Betrieben erfolgen wird. Es schien jedoch eine Mehrheit für die Aufnahme der Arbeit vorhanden zu sein." Daß aber trotzdem begründete Hoffnungen auf baldige Beendigung des Streiks bestehen, beweisen alle übrigen Nachrichten aus diesen Gebieten, denen zu entnehmen ist, daß zwar einzelne Bahnhöfe im Bezirk Kattowitz noch streiken und erst Versammlungen abhalten wollen, um darüber schlüssig zu werden, ob sie sich mit dem gestern gefaßten Beschluß, den Streik zu beenden, einverstanden erklären sollen, daß aber an andern Orten des Bezirks bereits wesentlich mehr Leute zur Arbeit erschienen. In Königshütte allerdings erschienen nur neun Mann zur Arbeit. Dort verlangen die Arbeiter, daß diejenigen, die während des Streiks arbeiteten, entlassen werden sollen. In Kattowitz wird auf dem Personenbahnhof gearbeitet, dagegen auf dem Güterbahnhof weitergestreikt.

Eine unterdrückte Protestversammlung

Aus Frankfurt wird gemeldet: Eine anläßlich der Berliner Vorgänge von den Unabhängigen einberufene Protestversammlung wurde auf Grund des Ausnahmezustandes verboten und der Bahnhofsplatz durch Reichswehrtruppen abgesperrt. Kundgebungen größerer Menschenmassen wurden nach unblutiger Handgemenge unterdrückt und die Ruhe wiederhergestellt.

Der Streik in Sachsen

× **Zwickau, 16. Januar.** Die 2000 Mann starke Belegschaft des Werkstättenbahnhofes hat gestern beschlossen, die von der Regierung bis zum neuen Tarifabschluß angebotene 30prozentige Lohnerhöhung abzulehnen und im Ausstand zu verharren. Gefordert werden sofort 75 Prozent Lohnerhöhung bis zum Abschluß des neuen Tarifs, der 100 Prozent Zuschlag verlangt. Ferner sollen die Streiktage bezahlt werden. Unter dem Betriebs- und Streckenpersonal des hiesigen Bahnhofes soll eine Urabstimmung über eine eventuelle Beteiligung am Streik vorgenommen werden.

Die bevorstehende Wahlkreiseinteilung

WTB **Berlin, 15. Januar.** Die Neueinteilung der Reichstagswahlkreise ist der Gegenstand vieler schiefer und unzutreffender Betrachtungen in parteipolitischen Kreisen. Vielfach versucht man mit allerlei Ausstreuungen über diese Angelegenheit Stimmung gegen die Reichsregierung zu machen. Von zuständiger Seite wird daher folgendes mitgeteilt:

Die Reichsregierung hat überhaupt noch keine Stellung genommen zu der Frage der Einteilung der Wahlkreise. Dagegen hat das Reichsministerium des Innern die Landesregierungen gebeten, im Anschluß an die Vorentwürfe des Reichsministers des Innern, von denen einer drei bis fünf, der andre sechs bis acht Abgeordnete für den Wahlkreis in Aussicht nimmt, ihrerseits Vorschläge über die Gestaltung der Wahlkreise zu machen. Es kann sich dabei natürlich nur um Eventualvorschläge handeln, da ja die Frage, ob die Kreise auf die Wahl von drei bis fünf oder sechs bis acht Abgeordnete abgestimmt werden sollen, erst nach der Entscheidung der Nationalversammlung unterliegt. Von den Ländern haben einige bereits ihre Wünsche geäußert, andre noch nicht. Die Reichsregierung wird bei ihren endgültigen Vorschlägen auf die Wünsche der Länder gebührend Rücksicht nehmen, da diese aus ihrer besonderen Kenntnis der geographischen, Verkehrs- und sonstigen Verhältnisse heraus am besten die möglichst praktische Gestaltung der Wahlkreise ermessen können. Die Reichsregierung entscheidet über die Wahlkreiseinteilung überhaupt nicht endgültig, da die Abgrenzung der Wahlkreise einen Bestandteil des Wahlgesetzes bilden soll und daher von der Nationalversammlung, in der alle Parteien ihre Vorschläge und Anregungen geben können, beschlossen werden wird. Jedenfalls aber werden sich die maßgebenden Gesetzgebungsorgane zu bemühen haben, die Wahlkreise zwar, wo sie zu groß sind, zu teilen, aber sonst an den bestehenden Wahlkreisgrenzen, die sich übrigens fast durchweg mit den Verwaltungsbezirken decken, möglichst wenig zu ändern.

Der Partikularismus in Deutschland

In Kaiserslautern wurde auf dem Zentrumsparteitag der Pfalz eine Entschließung angenommen, die sich für die Erhaltung des Föderativstaates ausspricht und ausdrücklich erklärt, im deutschen Zentrum verbleiben und den Reichsparteitag beschicken zu wollen.

* **Dessau, 16. Januar.** Als erstes deutsches Bundesparlament lehnt die Anhaltische Landesversammlung den Antrag der Mehrheitsparteien der Preußischen Landesversammlung auf Errichtung einer deutschen Einheitsrepublik ab und trat für Erhaltung der anhaltischen Selbständigkeit ein.

* **Berlin, 16. Januar.** In parlamentarischen Kreisen verlautet der „Tägl. Rundschau" zufolge, daß von gewissen Gruppen der Nationalversammlung darauf hingearbeitet werde, die Bayrische Volkspartei zu vergrößern. Man denke dabei an die Bildung einer partei mit föderalistischen Prinzipien und hoffe, in ihr alle diejenigen Mitglieder der Nationalversammlung nach und nach zu vereinigen, die mit der jetzigen, auf den Einheitsstaat hinzielenden Politik nicht einverstanden seien. Der Anschluß der Welfen an die Bayrische Volkspartei sei vielleicht der erste Schritt dazu.

Abschied von den besetzten Gebieten

Bei der Abschiedsversammlung der Beamten- und Lehrerschaft der Provinz Posen, die vor einigen Tagen in Bromberg stattfand, hielt der Regierungspräsident v. Bülow eine Ansprache, in der er sagte: „Preußen hat seinen polnischen Staatsangehörigen alle Voraussetzungen geschaffen, unter denen sie ihre Tugenden und Vorzüge entfalten konnten. Die deutschen Beamten und Lehrer sind nach bestem Wissen und Gewissen bis zuletzt treue Hüter und Pfleger dieses Landes gewesen. Die Beamten, die hier zurückbleiben, mögen Führer und Berater des Deutschtums sein und ein Beispiel loyaler Einordnung in das neue Staatswesen geben." — In einem Telegramm Hindenburgs an die Versammlung heißt es: „Die nach Deutschland Zurückkehrenden mögen jeder an seinem Platz helfen, unser armes, zerschlagenes Vaterland wieder aufzurichten. Die aber, die wir zurücklassen, mögen zusammenhalten und nicht ablassen vom deutschen Wesen." — In den Abschieds- und Trauerrufen, die die Saar-Zeitungen veröffentlichen, wird hervorgehoben, daß der Völkerbund, wie zu hoffen stehe, das halten werde, was er versprochen. Das Saarland werde des Mutterlandes stets eingedenk sein bis zur Entscheidung in 15 Jahren.

*

Die Abstimmung

⊖ **Rotterdam, 16. Januar.** (Eig. Drahtbericht.) Die „Times" melden aus Paris: Die Abstimmungen in den deutschen Ostgebieten finden in der ersten Juli-Woche statt. Die Amerikaner haben erklärt, daß sie in den Kommissionen für die Abstimmungsgebiete weiter vertreten bleiben.

*

Die englische Invasion in Köln

w. **Köln, 16. Januar.** (Eig. Drahtbericht.) Das Hotel „Ewige Lampe", eines der bedeutendsten Hotels von Köln, ist in den Besitz einer englischen Gesellschaft übergegangen. Diese wird nach erfolgtem Umbau des Hauses, dessen Kosten sich auf zwei Millionen belaufen, im Untergeschoß ein Bankgeschäft einrichten. Die übrigen Räumlichkeiten sollen als Hotel weitergeführt werden.

*

Friedensfeiern in Mainz

w. **Mainz, 16. Januar.** (Eig. Drahtbericht.) Die Franzosen haben die Unterzeichnung des Friedens mit großem Aufwand gefeiert. Große Truppenumzüge durch die Stadt, Aufzüge vor dem Schloß, Zapfenstreich im ausgedehnten Maße bei festlicher Beleuchtung der Schloßbrücke und der militärisch besetzten Gebäude fanden statt.

*

Keine Räteorganisationen im Rheinland

⊖ **Rotterdam, 16. Januar.** (Eig. Drahtbericht.) „Daily Mail" meldet aus Paris: Die Hohe Kommission für die Rheinlande erhielt den Auftrag des Alliierten Rates, Räteorganisationen in Betrieben öffentlicher und privater Art nicht zuzulassen, den Mitgliedern bestehender Räteorganisationen des rechtsrheinischen Deutschland aber die Einreise in das besetzte Gebiet zu verbieten.

*

Die Saar-Kohle für Frankreich

+ **Saarbrücken, 16. Januar.** (Eig. Drahtbericht.) Die Saarbergleute haben die Aufforderung der französischen Grubenverwaltung, vorübergehend neun anstatt acht Stunden zu arbeiten, um die allgemein herrschende Kohlennot zu lindern, abgelehnt. Die Zuteilung von Kohlen an die Saarstädte hat wesentlich nachgelassen, diejenige an die pfälzischen Städte gänzlich aufgehört. Alle im Saargebiet geförderte Kohle geht nach Frankreich.

*

Die deutschen Vertreter in Paris und London

* **Berlin, 16. Januar.** Der deutsche Geschäftsträger in Paris ist gestern ernannt worden. Wie gemeldet wird, ist der Posten dem bisherigen Reichsschatzminister Dr. Mayer, Kaufbeuren, übertragen worden. Weiter ist es ziemlich sicher, daß der Hamburger Senator Sthamer, der als Botschafter nach London gehen sollte, bereit sein wird, bis auf weiteres auch den äußerlich weniger bedeutenden Posten des dortigen Geschäftsträgers zu übernehmen.

*

Gesandtenwechsel in Stockholm

Die „Deutsche Allg. Ztg." teilt mit: Die Meldung, daß der jetzige Stockholmer Gesandte der deutschen Regierung, Freiherr v. Lucius, in den nächsten Tagen seinen Posten verlassen und durch den Gesandten Radolny ersetzt werde, wird uns von zuständiger Stelle bestätigt.

*

Die Auslieferungsnote

× **Paris, 16. Januar.** (Havas.) Die Regierungschefs genehmigten am Donnerstag den Wortlaut der Note, die im Namen des Obersten Rates an die holländische Regierung gerichtet wird und die das Begehren auf Auslieferung Kaiser Wilhelms enthält. Die Note, die wahrscheinlich am Sonntag übermittelt wird, bezieht sich auf Art. 227 des Versailler Vertrages, der die Versetzung des früheren Kaisers in den Anklagezustand vorsieht. Die Alliierten laden Holland ein, sich an der Erfüllung dieses Werkes der Gerechtigkeit zu beteiligen. Die Note ist in freundschaftlichem Tone gehalten.

*

Holland baut vor

„Daily Chronicle" meldet aus Paris, daß Holland der Entente inoffiziell mitgeteilt habe, daß es für den ehemaligen Deutschen Kaiser und seinen Sohn auf seinem Asylrecht bestehe. „Telegraaf" meldet hierzu ergänzend, daß die holländische Regierung der Vertretung der Entente in Paris aufs freundschaftlichste mitgeteilt habe, daß es der niederländischen Regierung sehr unangenehm sein würde, wenn ein Auslieferungsersuchen gestellt würde. Holland müsse sich weigern, den Kaiser und seinen Sohn auszuliefern. Die niederländische Regierung hat auf diese Weise inoffiziell Hollands Ansichten wiedergegeben, um zu vermeiden, daß in Zukunft Unannehmlichkeiten mit der Entente entstehen und Holland gezwungen wird, sehr gegen seinen eigenen Willen ein offizielles Ersuchen mit einer direkten Weigerung zu beantworten. Die niederländischen Gerichte sind der Ansicht, daß nach den bestehenden Vorschriften eine Auslieferung nur im Falle von Mord, Diebstahl usw. stattzufinden hätte.

*

Die deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich

Noch immer taucht hier und da das Gerücht auf, daß deutsche Kriegsgefangene im geheimen von den Franzosen in überseeischen Kolonien zurückgehalten würden, wie anderseits auch im französischen Volke das aus der Luft gegriffene Gerücht Gehör findet, daß noch heute französische Gefangene von den Deutschen in Zuchthäusern, Kellern und dergleichen verborgen gehalten werden. Daraufhin hat das Zentralauskunftsamt für Kriegerverluste und Kriegergräber von einer amtlichen französischen Militärbehörde die bestimmte Versicherung erhalten, daß das erwähnte Gerücht über deutsche Kriegsgefangene gänzlich unbegründet sei. Weder in Algier, noch in Marokko, noch in Tongking, noch sonstwo in französischen Ueberseekolonien werden deutsche Kriegsgefangene im geheimen zurückgehalten, sondern alle deutschen Krieger in französischer Gefangenschaft sind den deutschen Behörden gemeldet worden und haben Erlaubnis gehabt, ihren Angehörigen zu schreiben.

Gefangenschaft und Heimat

Von W. Freiherrn v. Lersner

Der weltgeschichtliche Akt, der sich am 10. Januar 1920 in acht Minuten in Frankreichs Hauptstadt abgespielt hat, hat bei uns zum mindesten äußerlich keine Wirkung erweckt, das der Tragweite dieses Ereignisses entsprache. Nur ein mattes, beinahe erstauntes „Endlich" ist von unsern Lippen gekommen. Zu zerschlagen, zerrissen sind wir, um große Momente noch zu fühlen. Zu schwer lastet auf uns das, was nun verblaßt und verstaubt ist! Deutschen Boden, deutsche Brüder scheiden zu sehen, selbst zum Sklaven zu werden, das sind Gedanken, die lähmen, ersticken.

Nur aus dem verzweifelten Herzen unsrer Gefangenen und ihrer Angehörigen ringt sich etwas wie dumpfer Jubel, wie Ahnen von längst aufgegebenem Glück. Nach Clemenceaus Worten soll ihnen das endlich gegeben werden, an das sie sich immer und immer wieder hoffend geklammert haben — das Leben! Denn Gefangenschaft ist nicht Leben, ist Tod. Wir, die wir schon heimgekehrt sind, die wir um die Befreiung unsrer Kameraden gerungen haben, werden beim Gedanken an die Möglichkeit eines so raschen, ununterbrochenen Heimtransportes die skeptischen Zweifel aller P...s (Prisonniers de guerre) nicht los, ehe nicht der letzte unsrer Kameraden vor uns steht.

Von den Pflichten, die der 10. Januar dem deutschen Volke auferlegt, ist nur eine Pflicht schön, die endlich Heimkehrenden zu empfangen. Diese Pflicht besteht für alle in der Heimat. Denn die, die heimkehren, haben für alle gelitten. Leider ahnen in weiten Kreisen der Oeffentlichkeit immer noch nicht, was Gefangenschaft an sich, was Gefangenschaft in Frankreich im besonderen bedeutet, ahnt nicht, daß in den Gefangenen immer wieder das lähmende Gefühl aufkommt, von der Heimat vergessen zu sein. Jetzt können wir ihnen zeigen, ob dem wirklich so ist oder nicht. An der Schwelle des Lebens, eines neuen Lebens, das für jeden beginnen soll, soll ihnen nicht nur Heimatluft, sondern auch Heimatliebe entgegenwehen, die Liebe, die aus dem Gefühl der Zusammengehörigkeit eines Volkes mit seinen fernen Lebensgenossen entspringt. Die Dankbarkeit der Heimat wird richtunggebend für sie und segenbringend für die Heimat selbst sein, denn so abgrundtief ist über die Grenzen treten, mit leeren Händen kehren sie nicht heim. Wohl müde und krank sind, je länger ihre Gefangenschaft gedauert hat, verbittert, ja gebrochen, aber nicht ohne innere Werte: die, in bitterer Not erworben, unsrer Heimat nützen können.

Die zu Hause haben verlernt, das eine Beste zu schätzen, was sie noch besitzen — eine Heimat! — Wir Heimkehrenden haben durch lange Entbehrungen erfühlt, daß unsres Lebens beste Kräfte aus der Heimat entlohnt und in ihr wurzeln. Die zu Hause haben, umgeben von dem äußeren Ring erbitterter Gegner, unter dem Druck innerer Kämpfe und Not das Urteil über eigenes Können und eigenen Wert verloren. Wer aber unter der Not der Gefangenschaft nicht zusammengebrochen ist, hat aus stiller Abgeschlossenheit sich ein besseres Bild über den wahren Wert unsres Volkes und unsrer Feinde machen können. Wir haben im Gegensatz zu allen andern, unser Volk von außen beobachten können, sowohl seine Vorzüge, wie seine Fehler. An der Haltung unsrer Gegner, an all den Erscheinungen von Furcht, Haß und Achtung, an all den uns märchenhaft scheinenden Anstrengungen und Aufwendungen unsrer Feinde sind wir uns der Größe der Leistungen der Front und der Heimat bewußt geworden. Wir haben erkannt, was unser Volk eigentlich war! Wie seine Arbeit und sein Können von unsern Gegnern bewertet wurde. Wer hat die schwerste Arbeit in Feindesland leisten müssen? Der deutsche Gefangene! Wer wurde herbeigeholt, wenn niemand mehr helfen konnte? Der starke, zähe, gewandte deutsche Arbeiter! Wer war es, der bei dem mangelhaften Organisationstalent von Engländern und Franzosen allein in der Lage war, Ordnung und Lebensmöglichkeit in den Lagern zu schaffen? Wir wissen. Wie oft haben wir Stimmen aus dem französischen Publikum gehört, „das sind ja gar keine Barbaren!" — Selbst der stolze Engländer hat bekennen müssen, daß wir Deutsche nicht nur fähig, sondern auch fair waren.

Ebenso haben wir erkannt, was schlecht und fehlerhaft an uns war und ist. Nur gehören wir nicht zu denen, die einseitig die Schuld unsrem Volke zuschieben. Sicher ist es im Gedanken an ein neues Werden unsrer Heimat notwendig, zuerst die eigenen Fehler zu erkennen. Das darf aber nicht dahin führen, daß man über den Kampf um die Fehler das Notwendigste vergißt, daß man in der Not zusammenstehen muß. Bei allem Unschönen, was die Not der Gefangenschaft auch in unsern Reihen hervorbrachte, haben wir doch das eine gelernt, daß man nur dadurch zu Erfolg und Selbstbehauptung kam, daß man einig war. Es ist die Pflicht aller in der Heimat, sich über Ansicht und Partei zu einander wieder die Hand zu reichen, das Trennende zu vergessen, um das, was gemeinsam ist, zu retten: die Heimat. Unsre Gegner haben im innerpolitischen Leben stets die Pflicht zu gemeinsamem Handeln über jedes andre Interesse gestellt. Sie haben bei aller Würdigung der Notwendigkeit und des Nutzens internationaler Bande das Interesse der eigenen Heimat über das der Gesamtheit der Völker gestellt.

Wie weit tut es uns Heimkehrenden, zu sehen, daß unser Volk hierin von unsern Gegnern nicht gelernt hat. Daß es zerrissener denn je dasteht. Daß das, was gut an seinen Eigenschaften war, nicht mehr da ist, daß wir nicht mehr mit Recht Wahrhaftigkeit und Ehrlichkeit als unser bestes Gut rühmen können. Mitzuhelfen, daß wir neu und besser werden, wird Pflicht derer sein, die jetzt heimkehren, doch müssen sie sehen, daß die Heimat ihre Leiden würdigt und achtet. Das zeige ihnen der Empfang, den unser Volk den letzten Heimkehrenden dieses Krieges bietet. Ein jeder muß bereit sein, daran mitzuhelfen, damit die seelische wie wirtschaftliche Not beseitigt wird, die in lange nicht genug gewürdigtem Maße die Gefangenschaft für die Gefangenen und ihre Familien mit sich gebracht hat.

Dann wird die Verbitterung gegen die Heimat und die Empörung über die vom Gegner zuteil gewordene Behandlung nicht zu weiter Zerstörungswut nach innen oder zu wildem Chauvinismus nach außen führen, sondern die Heimkehrenden werden mit ganzer Kraft daran gehen, das wieder aufzubauen, was unser Liebstes ist, unsre höchste Stütze in der Gefangenschaft war: unsre deutsche Heimat!

Sollten aber jetzt innere Schwierigkeiten der Grund zu einer Herabsetzung ihres Rücktransportes werden, dann

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19200117/1